

MIT IN DEN MEDIEN

PRESSESPIEGEL

9. FEBRUAR 2015

THEMEN

Flexi-Rente, Einwanderungsdebatte, Dokumentationspflichten Mindestlohn,
Schwarzarbeit, Arbeitsstättenverordnung

INHALTSVERZEICHNIS

Szenen einer Ehe	Handelsblatt	Seite 2
Absurde Regeln am Arbeitsplatz	Rheinische Post	Seite 4
Koalitionsstreit über Ausnahmen beim Mindestlohn	Berliner Zeitung	Seite 6
Mindestlohn-Kommission startet	Frankfurter Runds.	Seite 7
Mindestlohn fördert Schwarzarbeit	Saarbrücker Zeitung	Seite 8
Streit über Einwanderungsgesetz	Hamburger Abendb.	Seite 9
Plädoyer für starkes Wirtschaftswachstum	Westfälische Nachr.	Seite 10

Der Pressespiegel der Bundesgeschäftsstelle der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) dient ausschließlich der internen Information. Ein Ausdruck ist nur für den eigenen Gebrauch gestattet. Jegliche darüber hinausgehende Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Wiedergabe stellt einen Verstoß gegen § 106 UrhG (Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte) dar. Die elektronische Fassung dieses Pressespiegels ist nach Ablauf von vier Wochen zu löschen.

Fragen und Anregungen zum MIT-Pressespiegel richten Sie bitte an info@mittelstand-deutschland.de

Redaktion: Alexander Schaub (Tel: 030/220798-17)

Autor: Delhaes, Daniel/ Specht, Frank/ fsp/ fsp pt/ fsp
Seite: 008
Ressort: Wirtschaft & Politik
Gattung: Tageszeitung

Nummer: 024
Auflage: 122.585 (gedruckt) 118.034 (verkauft)
 123.847 (verbreitet)
Reichweite: 0,48 (in Mio.)

Szenen einer Ehe

Zwischen Union und SPD herrscht Misstrauen - vor allem in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Daniel Delhaes, Frank Specht Berlin.

-- Prognosen: Mindestlohn befördert die Schwarzarbeit.

-- SPD kritisiert über den Bundesrat Unions-Vorhaben.

Gleich zwei Angriffe auf den Mindestlohn musste Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Dienstag abwehren. Der eine kam vom Tübinger Wirtschaftsforschungsinstitut IAW und der Universität Linz: Sie prognostizieren, dass die Lohnuntergrenze zur Flucht in die Schwarzarbeit führt und das Volumen der Schattenwirtschaft dieses Jahr trotz der guten Arbeitsmarktlage nicht sinkt.

Der zweite Angriff wirkt schwerer, weil er vom Regierungspartner kommt. CSU-Chef Horst Seehofer kündigte an, den "Irrsinn an Bürokratie" durch den Mindestlohn zum Thema im Koalitionsausschuss und damit zur Chefsache zu machen. Außerdem werde er Kanzlerin Angela Merkel (CDU) einen Brief schreiben: "Diese Bürokratie muss weg."

Nach der Edathy-Affäre Anfang vergangenen Jahres erlebt die Große Koalition gerade ihre zweite Bewährungsprobe. Mindestlohn, Streikrecht, Flexirente - es knirscht mächtig im schwarz-roten Gebälk. Nur die Post kann sich über den regen Briefwechsel der zerstrittenen Partner freuen.

Noch beschimpfen sich die Koalitionäre nicht als "Wildsau" und "Gurken-truppe" wie die schwarz-gelbe Vorgängerregierung. Und doch hat die Unionsfraktion die SPD düpiert, als sie vergangene Woche einstimmig für die Forderung des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) stimmte, das gemeinsam beschlossene Mindestlohngesetz zu korrigieren.

Das sei schon ein "bemerkenswerter Zustand", sagt SPD-Fraktionsvize Carola Reimann vorsichtig. Man habe das Gefühl, mit dem PKM habe sich

eine "Fraktion in der Fraktion" etabliert. Und die verbreite Unsicherheit, wo es keine Unsicherheit gebe. CDU-Abgeordnete sehen das anders: Sie würden in ihrem Wahlkreis "mit haftbar gemacht" für die Umsetzungsprobleme der Lohnuntergrenze, mit denen nicht nur die Firmen, sondern eben auch die Sportvereine zu kämpfen hätten.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sind nun bemüht, Wogen zu glätten. Es würden Gespräche geführt, hieß es in der Unionsfraktion. Kaum hat Nahles aber zugesagt, eventuellen Korrekturbedarf beim Mindestlohn bis zum Sommer zu prüfen, sorgt der Zuwanderungsvorstoß von SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann für neuen Streit. Das geforderte Gesetz sei nicht nötig, denn "wir haben ein exzellentes Zuwanderungsrecht", versuchte Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) die Debatte im Keim zu ersticken.

Er fürchtet schon, dass der Koalitionsstreit auf einen neuen Schauplatz ausgedehnt werden könnte - die Länderkammer. Dort stehen am Freitag nicht nur die Themen Frauenquote, Tarifeinheit oder Bleiberecht für Flüchtlinge auf der Agenda, sondern auch die Ausländer-Maut.

Die große Mehrheit der Länder äußert "erhebliche Bedenken" gegen das Projekt; deshalb ist die Befürchtung groß, dass die SPD sich in der Länderkammer für die Mindestlohnangriffe der Union rächen könnte. Die SPD-Ministerpräsidenten hätten an den Koalitionsverhandlungen teilgenommen, sie sollten sich daher "gebunden fühlen" und nicht ihre Mehrheit in der Länderkammer gegen die Bundespolitik einsetzen, mahnte Grosse-Brömer.

Die Landeschefs aber haben ihre ganz eigene Sicht auf den Koalitionsvertrag in Berlin. "Vertragstreue ist Sache der

Bundespartei", heißt es in einem SPD-regierten Bundesland. Man sei allein seinem Koalitionspartner im Land verpflichtet.

Für SPD-Fraktionsvize Reimann ist der gegenwärtige Koalitionskrach kein gutes Omen für die noch anstehenden Regierungsvorhaben.

Bis März soll entschieden werden, wie stark das Kindergeld steigt. Die SPD plädiert für mindestens zehn Euro pro Monat, was den Staat gut zwei Milliarden Euro kosten würde. Die Union tritt auf die Bremse und hält ein Plus in der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Höhe des anzuhebenden Kinderfreibetrags für ausreichend - was vier Euro entspräche.

Über Bürokratie wird wieder zu reden sein, wenn Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) sich im zweiten Halbjahr an ihr geplantes Entgeltgleichheitsgesetz macht, in dem sie individuelle Auskunftspflichten verankern will. Die Energiewende muss ebenso noch umgesetzt werden wie die Mietpreisbremse. Hier kämpft Justizminister Heiko Maas (SPD), der "Napoleon von der Saar", wie ihn einige in der CDU CSU-Fraktion verspotten, gegen Widerstände der Mittelstandspolitiker der Union.

Die machen auch bereits Front gegen Pläne von Nahles, sich nach Ostern dem Missbrauch von Werkverträgen zu widmen. **"Werkverträge und Zeitarbeit sind wichtige Instrumente, die nicht durch neue Regulierungen kaputt gemacht werden dürfen", mahnt der CDU-Abgeordnete Carsten Linnemann.** Das Regieren in der Großen Koalition - es wird nicht einfacher werden.

TARIFEINHEIT

Die CSU schießt quer

Die Regierung hat sich schwer genug getan mit ihrem Gesetzentwurf zur Tarifeinheit, den Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Arbeitgebern und DGB-Gewerkschaften schon 2010 versprochen hatte.

Schließlich sehen kleine Spartengewerkschaften wie die Lokführergewerkschaft GDL oder der Marburger Bund der Klinikärzte darin einen Angriff auf ihre Existenz und haben gedroht, das Gesetz vom Bundesverfassungsgericht zu Fall bringen zu lassen.

Im Dezember hat das Kabinett den Entwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles endlich gebilligt. Seither verwendet die SPD-Politikerin viel Energie darauf zu erklären, dass die geplante Auflösung von Tarifkollisionen nach dem Mehrheitsprinzip keinen Eingriff ins Streikrecht bedeutet.

Bei den DGB-Gewerkschaften Verdi, GEW und NGG dringt sie mit dieser Argumentation ohnehin schon nicht durch. Und was macht der Koalitionspartner? Noch bevor der Gesetzentwurf am Freitag dieser Woche erstmals im Bundesrat behandelt wird, beschloss der CSU-Vorstand Ende Januar ein Positionspapier mit der Forderung nach direkten Eingriffen ins Streikrecht. Nach der Streikwelle bei Bahn und Lufthansa wollen die Christsozialen für Arbeitskämpfe im Verkehrsbereich ein zwingendes Schlichtungsverfahren und eine Vorankündigungsfrist von vier Tagen durchsetzen. Zudem müsse eine Mindestversorgung sichergestellt werden. Sollte die CSU die Forderung ins noch bevorstehende parlamentarische Verfahren tragen, ist Streit programmiert. fsp.

FLEXIRENTE

Streit über die Beiträge

Eigentlich sollte längst alles festgezurrert sein. Bei einem Treffen im November wollte sich die Arbeitsgruppe von Union und SPD über die Flexirente verständigen. Doch die Partner gingen ohne Einigung auseinander. Einen Termin für ein

Folgetreffen gibt es bisher nicht.

Die Arbeitsgruppe war auf Druck des Wirtschaftsflügels der Union eingesetzt worden, als Gegenleistung für die Zustimmung zur Rente mit 63. Weitgehende Einigkeit herrscht zwischen den Koalitionspartnern noch in der Frage, die bisher kaum genutzte Teilrente ab 63 attraktiver zu machen. Der CDU CSU geht es aber vor allem darum, das Arbeiten über die Regelaltersgrenze hinaus attraktiver zu machen. In einem Positionspapier hatten zuletzt die Mittelstandsvereinigung, die Senioren-Union und die Junge Union die Forderung nach einem Flexi-Bonus bekräftigt: Der Rentenbeitrag, den Arbeitgeber für arbeitende Senioren zahlen, soll anders als heute deren spätere Rente erhöhen. Der Rentenkasse drohen damit schon kurzfristig höhere Ausgaben.

Anders als die Union will die SPD Arbeitgebern, die Rentner beschäftigen, nicht den Arbeitslosenbeitrag erlassen. Sonst würden jobbende Rentner für Betriebe billiger als die Beschäftigung älterer Arbeitsloser, argumentiert sie. Neu einführen will die SPD das "Arbeitsversicherungsgeld". Arbeitsagenturen sollen es an Arbeitnehmer zahlen, die nicht mehr fit sind für einen Vollzeitjob, aber noch keinen Anspruch auf Erwerbsminderungsrente haben. fsp pt.

ARBEITSSCHUTZ

Geharnischter Briefwechsel

Am heutigen Mittwoch hätte die Arbeitsstättenverordnung eigentlich zum zweiten Mal von Angela Merkels Ministerrunde diskutiert werden sollen, und die zwischenzeitlich vom Bundesrat eingefügten Änderungen hätten abgesegnet werden sollen - eigentlich! Doch tatsächlich steht das Thema nicht auf der

Tagesordnung.

Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer hatte die Vorschrift, dass Pausenräume künftig zwingend ein Fenster haben oder Arbeitgeber die Beleuchtung am Telearbeitsplatz ihrer Mitarbeiter zu Hause kontrollieren müssen, als "bürokratischen Irrsinn aus Absurdistan" gegebelt. Daraufhin antwortete ihm Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) mit einem geharnischten Brief, in dem sie Kramer vorwarf, ihr Ministerium in der Öffentlichkeit bewusst in Misskredit bringen zu wollen. Weil das Schreiben in der Presse landete, ist aus dem persönlichen Streit inzwischen ein veritabler Koalitionskrach geworden.

Auch er habe der Ministerin schriftlich seine Einwände gegen die Arbeitsstättenverordnung kundgetan, der Brief sei aber nicht gleich in der Presse gelandet, sagt etwa der für den Mittelstand zuständige Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU). Während der Wirtschaftsflügel der Konservativen zusätzliche Bürokratie wittert, springt die SPD ihrer Ministerin Nahles zur Seite und folgt der Argumentation des Arbeitsministeriums: Die geplante Verordnung führe nur bereits bestehende Vorschriften zusammen und bedeute keinerlei zusätzliche Belastung.

Fest steht nur: Vor der nächsten Kabinettsbefassung besteht noch großer Gesprächsbedarf. fsp.

Autor: Von Jan Drebes
Seite: 2 bis 2
Rubrik: STW
Seitentitel: GES

Gattung: Tageszeitung
Jahrgang: 2015
Auflage: 7.080 (gedruckt) 6.249 (verkauft) 6.995 (verbreitet)
Reichweite: 0,02 (in Mio.)

Absurde Regeln am Arbeitsplatz

Zwischen Arbeitgebern und Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat sich ein teils kurioser Zwist um Änderungen der Arbeitsstättenverordnung entwickelt. Nahles stellt die Kabinettsreife der Regeln jedoch nicht infrage.

Von Jan Drebes

BERLIN Die jüngste Kritik an der geplanten Arbeitsschutzverordnung der Bundesregierung kommt vom Verband der Start-up-Unternehmen in Deutschland. Wie schon Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer fürchten nun auch die jungen Unternehmen ausufernde Bürokratie und steigende Kosten. Für Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) kommt der teils kuriose Ärger um das neue Regelwerk zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt, muss sie doch schon Konflikte beim Mindestlohn ausfechten. Die wichtigsten Fragen und Antworten zum Streit über die Novellierung des Arbeitsschutzes im Überblick. Worum geht es?

Die Bundesregierung plant, die Arbeitsschutzvorschriften zu ändern und neue Regeln für Heimarbeitsplätze oder die Verfügbarkeit von Tageslicht in Teeküchen einzuführen. Zudem soll die bisher geltende Bildschirmarbeitsverordnung in die Arbeitsstättenverordnung übernommen werden. Arbeitsministerin Nahles verspricht sich davon, dass Doppelungen im Regelwerk und damit Bürokratie abgebaut werden können. Was ist bisher geschehen?

Seit 2012 wird über die Novellierung der Verordnung diskutiert, der Ausschuss für Arbeitsstätten war eingebunden - unter Beteiligung der Arbeitgeber. Die erste Verbändeanhörung fand im April 2013 statt. Seitdem war ein Referentenentwurf bekannt, der mehrmals überarbeitet wurde. Im November 2014 beschloss das Kabinett die Verordnung. Vor Weihnachten befasste sich auch der Bundesrat damit. Die Länderkammer stimmte der Verordnung teilweise zu, bestand aber auf Änderungen und Verschärfungen einzelner Vorschriften. Als Reaktion darauf gab die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber (BDA) am 22. Januar eine Pressemitteilung heraus,

in der BDA-Chef Ingo Kramer über "bürokratischen Irrsinn in Absurdistan" schimpfte. Dennoch wäre das Kabinett jetzt befugt, die Verordnung endgültig zu verabschieden. Was genau sehen die Änderungen vor? Ein wichtiger Teil der Vorschriftenänderung betrifft den Arbeitsplatz beim Arbeitnehmer zu Hause, wenn dieser teilweise oder dauerhaft von dort für das Unternehmen tätig ist. Diese Telearbeitsplätze sollen vom Arbeitgeber überprüft werden. Kategorien dafür sind etwa ein ausreichend großer Schreibtisch, damit vor der Tastatur genügend Platz für die Handballen bleibt, eine mindestens 500 Lux helle Lampe, ein Fenster und daran montierte Verdunkelungsmöglichkeiten, um blendendes Sonnenlicht vermeiden zu können. Auch ergonomische Büromöbel sollen Pflicht sein. Die Anforderungen an den Heimarbeitsplatz sollen denen nicht nachstehen, die für Arbeitsplätze auf Betriebsgelände gelten.

Welche Änderungen betreffen Büros? Die Verordnung sieht zum Beispiel vor, dass künftig auch solche Räume mit Tageslicht versorgt werden sollen, in denen sich Arbeitnehmer nur kurzfristig aufhalten: Etwa Pausen- und Bereitschaftsräume oder Kantinen. Für Toiletten und Erste-Hilfe-Räume hat der Bundesrat die von Nahles vorgesehene Pflicht für eine "Sichtverbindung nach außen" aufgehoben. Verschärfungen hingegen hat die Länderkammer für die Einrichtung von Büroräumen verlangt. Demnach soll es "abschließbare Kleiderablagen" für jeden Arbeitnehmer geben. Daran hat sich sogar eine eigene Debatte entsponnen: Während Arbeitgeberpräsident Kramer darin ein weiteres Beispiel für "Absurdistan" sieht, scheint der Bundesrat gar nicht einen abschließbaren Kleiderschrank zu verlangen, sondern nur ein verschließbares Fach für Wertgegenstände, wenn die Kleiderab-

lage ansonsten offen ist.

Wer streitet nun mit wem?

Vor allem haben sich Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer und Arbeitsministerin Andrea Nahles ein teils heftiges Wortgefecht geliefert. Kramer appellierte im Januar, die Regeln noch zu stoppen. "Wenn sie weiter glaubhaft von Bürokratieabbau sprechen will, muss sie den völlig unrealistischen und praxisfernen Plänen der Ministerialbürokratie entgegentreten", sagte Kramer, adressiert an die Regierung. Nahles war brüskiert und schrieb in einem Brief: "Ich sehe dies als einen Angriff auf meine Person und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ministeriums, die mit großem Engagement und hoher Sachkenntnis tätig sind."

Was sagen Politiker der Koalition? Die Meinungen in den Koalitionsfraktionen sind gespalten. Kerstin Griese (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, sagte: "Die Aufregung ist unbegründet. Die neue Arbeitsstättenverordnung entbürokratisiert, weil sie zwei Verordnungen zusammenführt." Außerdem bestehe nun die einzige Verschärfung in dem abschließbaren Schrank für jeden Arbeitnehmer, die "von Sachsen (CDU) im Bundesrat eingebracht und dort beschlossen" wurde.

Hingegen warnt Carsten Linnemann (CDU), Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, vor einer Überforderung der Unternehmen: "Ich persönlich wäre nicht traurig, wenn die neuen Vorschläge zur Arbeitsstättenverordnung komplett von der Agenda genommen würden", sagte Linnemann. "Wenn wir den Mittelstand nicht überfordern wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass sich Beschäftigte und Unternehmer wieder auf ihre Arbeit konzentrieren können und nicht darauf, ob die Betriebstoilette nun ein, zwei oder gar kein Fenster hat", so der CDU-Wirtschaftspolitiker.

Wie geht es jetzt weiter? Nach Informationen unserer Zeitung ist die für morgen vorgesehene Verabschiedung der Vorschrift im Kabinett verschoben worden. Einen neuen Termin gibt es dem Vernehmen nach nicht. Außerdem hat Arbeitsministerin Nahles angekündigt, sich bald mit Kramer treffen zu wollen. Dafür gibt es noch keinen Termin, teilte das Ministerium mit. Ein Sprecher betonte allerdings, dass Nahles die neue Arbeitsstättenverordnung weiterhin für kabinetsreif hält.

Wörter: 759
Urheberinformation: (c) Rheinische Post

© 2015 PMG Presse-Monitor GmbH

Autor: Karl Doemens, Daniela Vates, Arbeitsministerin Andrea Nahles
Gattung: Online-Quelle
Seite: Online 03.02.2015, 15:58 Uhr
Nummer: 1102958873
Weblink: <http://www.berliner-zeitung.de/politik/-csu-stichelt-koalitionsstreit-ueber-ausnahmen,10808018,29738920.html>

CSU stichelt Koalitionsstreit über Ausnahmen beim Mindestlohn

Die CSU heizt den Koalitionsstreit über den gesetzlichen Mindestlohn weiter an. Es müsse dringend ein "Kontroll-Moratorium" eingeführt werden, bis alle Änderungen am Gesetz geklärt sind. Die Regierung hat den Vorstoß zurückgewiesen.

Im koalitionsinternen Streit über den gesetzlichen Mindestlohn legt die CSU weiter nach. "Am Wochenende hat sich die Arbeitsministerin ja zumindest zum Denken bereit erklärt", stichelte CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt am Dienstag. Nun müsse dringend ein "Kontroll-Moratorium" eingeführt werden, bis geklärt sei, an welchen Stellen das Mindestlohn-Gesetz möglicherweise noch verändert wird. Da die Überprüfungsfrist laut Arbeitsministerium bis zum Sommer laufen soll, käme der Vorstoß praktisch einem halbjährigen Aussetzen des Mindestlohns gleich.

Mehr dazu

In Regierungskreisen wurde der Vorstoß zurückgewiesen. Die von der CSU bemängelten angeblichen Probleme bei den Dokumentationspflichten seien maßlos übertrieben, sagte SPD-Fraktionsvize Carola Reimann. Auch DGB-Chef Reiner Hoffmann konterte: "Die CSU sollte die Kirche im Dorf lassen und endlich ihren Frieden mit dem Mindestlohn machen", sagte er. **Der CDU-Wirtschaftspolitiker Carsten Linneemann blieb zurückhaltend. "Lieber als ein Moratorium wäre mir die sofortige Rechtssicherheit für alle Betroffenen",**

sagte er der Frankfurter Rundschau. Das sei die Koalition nicht zuletzt den ehrenamtlich Tätigen schuldig: "Unsere Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch."

Seit dem Jahreswechsel gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde. Ausgenommen sind Branchen, die spezielle Tarifverträge abgeschlossen haben. Der aktuelle Unmut kommt zum einen aus vorwiegend ehrenamtlichen Vereinen, die Probleme bei der Anwendung der Lohnuntergrenze sehen. Zum anderen protestiert die Wirtschaft gemeinsam mit Teilen der Union lautstark gegen die Pflichten, Arbeitszeiten und Stundenlöhne von Arbeitern im Niedriglohnbereich aufzuzeichnen. Diese Regelung gilt aber nur für Minijobber und für neun Branchen, die in der Vergangenheit besonders durch Schwarzarbeit aufgefallen sind. Ausdrücklich ausgenommen von der Dokumentationspflicht sind die privaten haushaltsnahen Dienstleistungen. Nachbesserungen frühestens im Sommer

SPD-Frau Reimann vermutet, dass die Probleme einiger Unternehmen bei der Anwendung des Mindestlohns ganz andere Ursachen haben: "Jetzt zeigt

sich, dass bislang an den Arbeitszeiten manipuliert wurde." So musste bislang bei Minijobbern die Arbeitszeit nicht nachgewiesen werden. Daraus ergaben sich Gestaltungsmöglichkeiten. Jetzt können Minijobber, die 8,50 Euro verdienen, maximal 53 Stunden im Monat beschäftigt werden.

Am 27. Februar wird zum ersten Mal die neunköpfige Mindestlohn-Kommission aus Spitzenvertretern von Arbeitgebern und Gewerkschaften zusammenkommen. Eigentlich soll dieses Gremium lediglich Vorschläge zur alle zwei Jahre anstehenden Anpassung des Mindestlohns machen. In Unionskreisen wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass sich die Kommission auch mit den angeblich überbordenden Dokumentationspflichten befasst. SPD-Ministerin Andrea Nahles hat angekündigt, sie wolle frühestens im Sommer über mögliche Nachbesserungen an dem Gesetz entscheiden.

Abbildung: Arbeitsministerin Andrea Nahles Foto: dpa.
Wörter: 425

Seite: Online 03.02.2015, 08:09 Uhr

Nummer: 1102443072

Gattung: Online-Quelle

Weblink: <http://www.fr-online.de/politik/mindestlohn-kommission-startet,26577298,29734438.html>

Mindestlohn-Kommission startet

Berlin -

Begleitet von immer intensiveren Debatten über den Mindestlohn in Deutschland tritt die offizielle Kommission zur Prüfung und Weiterentwicklung der Lohnuntergrenze zusammen.

Arbeitsministerien Andrea Nahles (SPD) kündigte die erste Sitzung am Montagabend in Berlin für den 27. Februar an.

Die neunköpfige Kommission mit Spitzenvertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften soll Vorschläge für die alle zwei Jahre geplante Mindestlohn-Anpassung machen. Sie soll die Wirkungen des Gesetzes auch prüfen. Der Vorsitzende, Hamburgs früherer Bürgermeister Henning Voscherau (SPD), hatte der neuen Lohnuntergrenze große Bedeutung beigemessen. Wirtschaftspolitiker der Union und die Arbeitgeber forderten zuletzt immer lauter, die Regeln schnell zu entbürokratisieren. Nahles sagte einen «ehrlichen Überblick» für den Sommer zu. Sie machte nun aber auch erneut deutlich: «Mogeleien gehen nicht.»

An diesem Dienstag will das bayerische Kabinett beraten, wie eine rasche Überarbeitung des Gesetzes auf den Weg

gebracht werden kann. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) forderte die CSU hingegen zum Einlenken im Streit um die Lohnuntergrenze auf.

Der DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann sagte der Deutschen Presse-Agentur: «Die CSU sollte die Kirche im Dorf lassen und endlich ihren Frieden mit dem Mindestlohn machen.» Arbeitszeiten für die Lohnabrechnung zu dokumentieren sei nichts Neues. «Wer Bleistifte und Kugelschreiber bestellen kann, der kann auch Arbeitszeiten erfassen.» Es geht um die Verpflichtung von Arbeitgebern, die Arbeitszeit vieler Mitarbeiter genau zu erfassen.

Strittige Aufzeichnungspflichten der Arbeitszeit gelten nur für Minijobber, außer im Privatbereich, und für neun Branchen, die immer wieder durch Schwarzarbeit und Lohnbetrug aufgefallen seien, so Hoffmann. Um Betrug zu verhindern, seien dort effektive Kontrollmöglichkeiten nötig. «Der Staat, inklusive CSU, muss über die Einhaltung seiner Gesetze auch wachen - ohne Wenn und Aber.»

Die Arbeitsmarkt-Expertin der Grünen-Fraktion im Bundestag, Brigitte Poth-

mer, kritisierte den Wirtschaftsflügel der Union. Er hatte Nahles ein Ultimatum für weniger Mindestlohn-Bürokratie gestellt. Damit habe «die schrille Kampagne» gegen das Mindestlohn-Gesetz eine neue Eskalationsstufe erreicht, sagte Pothmer der dpa. Pothmer warf den Union-Wirtschaftspolitikern vor, es gehe ihnen nur um politische Geländegewinne. «Offenbar will der Wirtschaftsflügel die Sozialdemokratisierung der Union um jeden Preis stoppen.»

Der Arbeitgeberverband BDA hingegen meinte: «Der unnötige bürokratische Aufwand durch das Mindestlohngesetz und die Aufzeichnungspflichten belastet die Unternehmen und bedeutet z u g l e i c h e r h e b l i c h e Rechtsunsicherheit.» Er begrüßte die Ankündigung von Nahles, im Sommer einen ehrlichen Überblick zum Mindestlohn vorzulegen. «Je früher die Vorschriften zur Mindestlohnbürokratie überprüft werden, desto besser», sagte ein Sprecher der dpa. (dpa)

Abbildung:

Bundesarbeitsministerin Nahles spricht mit Journalisten über den gesetzlichen Mindestlohn. Foto: Thomas Frey/Archiv
Bundesarbeitsministerin Nahles spricht mit Journalisten über den gesetzlichen Mindestlohn. Foto: Thomas Frey/Archiv.

Wörter:

408

Seite: 0
Ressort: Gesamtausgabe
Rubrik: Wirtschaft / SZR

Ausgabe: Saarbrücker Zeitung Saarbrücken, Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung

Mindestlohn fördert Schwarzarbeit

Studie: Beschlüsse der großen Koalition treiben die Schattenwirtschaft an

Fast vier Millionen Menschen in Deutschland sollen vom Mindestlohn profitieren. Einer Prognose zufolge begünstigt er aber noch etwas anderes: die Schattenwirtschaft. Deren Rückgang könne 2015 gestoppt werden.

Von Joachim Wollschläger (SZ) und Antonia Lange (dpa)

Tübingen. Seit Januar gilt der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Davon allerdings profitieren einer aktuellen Studie zufolge nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Schattenwirtschaft. Die würde in diesem Jahr erstmals seit mehreren Jahren nicht zurückgehen, sondern sogar wieder zulegen, erwarten die Forscher des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) und der Universität Linz. Alleine der Mindestlohn würde bei der Schattenwirtschaft einen Zuwachs von 1,2 Milliarden Euro bringen. Doch neben der Mindestlohn-Regelung nennen die Forscher zahlreiche weitere Beschlüsse der großen Koalition als Grund dafür, dass Arbeitnehmer den Weg in die Schattenwirtschaft wählen. Darunter die ausgebliebene Kürzung der Rentenbeiträge, die geplante Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung und vor allem die kalte Progression.

Während es beim Mindestlohn vor allem darum geht, diesen durch Schwarzarbeit einfach zu umgehen, nennen die Forscher die wachsende Spanne zwischen Brutto und Netto als Hauptgrund, in die Parallelwirtschaft auszu-

weichen. Unter Schattenwirtschaft versteht man sowohl Schwarzarbeit als auch illegale Beschäftigung und kriminelle Aktivitäten wie Hehlerei und Betrug. Der Studie zufolge ist die Schattenwirtschaft seit 2003 – mit Ausnahme des Krisenjahrs 2009 – kontinuierlich zurückgegangen. 2014 ist sie demnach um rund zwei Milliarden auf 338,4 Milliarden gesunken und macht 12,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. In ihrer Studie gehen die Forscher davon aus, dass die Beschlüsse der großen Koalition nun einen jährlichen Anstieg von 8,3 Milliarden Euro zur Folge haben werden.

Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), warnt davor, den Mindestlohn vorschnell als Sündenbock heranzuziehen: „Übersehen wird die starke ordnungspolitische Funktion des Mindestlohns“, sagt sie. „Das Argument Schwarzarbeit wird immer wieder missbraucht, um gegen Steuern, Sozialabgaben und höhere Löhne zu polemisieren, dabei ist der Zusammenhang keinesfalls eindeutig.“ Mit Blick auf andere Länder steht die Bundesrepublik aber nicht schlecht da: Im Vergleich zu anderen Mitgliedern der Industriestaatenor-

ganisation OECD liegt Deutschland mit seiner Schattenwirtschaft im Mittelfeld. Düstere sieht es in den Krisenländern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien aus. Hier liegt der Anteil der Schattenwirtschaft an der Wirtschaftsleistung zwischen 18 und 22 Prozent.

Abbildung: Forscher fürchten einen Zuwachs bei der Schwarzarbeit durch die Lohn-Untergrenze. Foto: Roessler/dpa
Wörter: 463

Seite: 3
Ressort: POLITIK
Rubrik: POLITIK
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 28
Auflage: 209.872 (gedruckt) 188.749 (verkauft)
 192.333 (verbreitet)
Reichweite: 0,50 (in Mio.)

Union streitet mit sich und der SPD über Einwanderungsgesetz

Berlin Die SPD-Spitze hat die Union vor einem Milliardenloch in der Rentenkasse gewarnt, falls sie ein Einwanderungsgesetz blockiert. „Bis zum Jahr 2025 werden wir über sechs Millionen Arbeitskräfte verlieren“, sagte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi am Montag in Berlin nach Beratungen des Parteipräsidiums. „Das wird vor allem dramatische Folgen für unser Rentensystem haben.“ Fahimi forderte die Union zu Gesprächen über ein Einwanderungsgesetz auf. Der SPD schwebt ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild vor – je nach Arbeitskräftebedarf, Sprachkenntnissen und Ausbildung würde die Zuwanderung gesteuert. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt lehnte dies in der „Passauer

Neuen Presse“ ab: „Wir brauchen keine neuen Zuwanderungsregeln.“ Es gebe bereits eine Liste mit Mangelberufen, die jährlich angepasst werde. „Ein Punktesystem ergibt daher keinen Sinn, sondern schafft nur noch mehr Bürokratie.“ Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach kritisierte in derselben Zeitung, die SPD wolle die Zuwanderung deutlich ausweiten. Das sei „auch vor dem Hintergrund von über drei Millionen Arbeitslosen, darunter überdurchschnittlich viele Zuwanderer, schwer nachvollziehbar“.

Dagegen unterstützte der Unions-Wirtschaftsflügel Vorschläge für ein solches Gesetz, wie es CDU-Generalsekretär Peter Tauber und SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann vorgeschlagen hat-

ten. Der Vorsitzende der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der Union (MIT), Carsten Linnemann (CDU) sagte am Montag, die von Tauber angestoßene Debatte über ein Zuwanderungsgesetz dürfe „nicht im Keim erstickt werden“. Der Fachkräftemangel werde künftig besonders für Familienunternehmer auf dem Land zum Problem.

Der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir forderte „ein modernes Einwanderungsgesetz, das die Vorschriften für Arbeitsmigration entbürokratisiert und durch gesteuerte Einwanderung ersetzt. Kinder, die hier geboren werden, müssen künftig automatisch Staatsbürger werden.“

Wörter: 251
Urheberinformation: © Zeitungsgruppe Hamburg GmbH

Autor: mab
Seite: 000
Ressort: /Münster/Stadt
Ausgabe: Westfälische Nachrichten - Zeitung für Münster

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 226.243 (gedruckt) 214.118 (verkauft)
223.123 (verbreitet)
Reichweite: 0,68 (in Mio.)

Plädoyer für starkes Wirtschaftswachstum

-mab- **Münster - Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Münster begrüßte beim Neujahrsempfang im Mühlenhof als Festredner den Bundestagsabgeordneten und Bundesvorsitzenden der MIT, Dr. Carsten Linnemann.** Auf dem Programm standen aktuelle Entwicklungen und Probleme

der deutschen Wirtschaftspolitik. In seiner Rede befasste sich Linnemann unter anderem mit Themen wie dem Mindestlohn und den Beziehungen zu Griechenland.

Die Wirtschaftspolitik der CDU nach Vorne zu bringen, ist das gesteckte Ziel der MIT. In puncto Schulden „reiche die

schwarze Null nicht“, so Linnemann. Eine starkes wirtschaftliches Wachstum sei schließlich die Basis des Sozialstaats. Neben Linnemann sprachen auch der Vorsitzende des MIT, Christoph Jahn, und der Besitzer des Mühlenhofes, Georg Berding, zu den Gästen.

Abbildung: Dr. Carsten Linnemann (stehend) erläuterte im Mühlenhof die Ziele der CDU-Mittelstandsvereinigung.
Fotograf: mab
Wörter: 121